

nr. 5 – august 2015

ecke köpenicker

[Seite 3:](#) Workshop zum Spreeuferweg [Seite 4:](#) Kein Flüchtlingsheim in der Adalbertstraße?

[Seite 9:](#) Zu viele Dealer in der Köpenicker Straße! [Seite 10:](#) Sommerfest des Bürgervereins



Ch. Eckelt

Zeitung für das Sanierungsgebiet *Nördliche Luisenstadt*. Erscheint achtmal im Jahr kostenlos.
Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt, Fachbereich Stadtplanung

Bilderrätsel: Gewinner gesucht!



Welche Ecke?

Sicher kennen Sie sich in Ihrem Kiez gut aus und erkennen, wo dieses Foto aufgenommen wurde! Wer weiß, wo sich dieser Ort befindet, schicke die Lösung bitte mit genauer Absenderadresse an die Redaktion: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, oder per Mail an ecke.koepenicker@gmx.net

Unter den Beteiligten verlosen wir einen 20-Euro-Büchergutschein der Buchhandlung im »Aufbau-Haus« am Moritzplatz. Einsendeschluss ist Montag, der 7. September.

Unser letztes Bilderrätsel zeigte ein Detail am Tennisclub Berlin-Mitte an der Melchiorstraße 19. Gewinnerin des Büchergutscheins ist Sylvia Cwikla – herzlichen Glückwunsch! Der Preis wird Ihnen per Post zugesandt.

Tag des offenen Denkmals 2015 – auch in der Luisenstadt!

Am Wochenende 12./13. September findet wieder bundesweit der alljährliche »Tag des offenen Denkmals« statt. Das Motto in diesem Jahr ist »Handwerk, Technik, Industrie«. Auch in der Luisenstadt, für die das Thema angesichts ihrer zahlreichen Industriezeugnisse und -denkmäler und Handwerkstraditionen wie maßgeschneidert scheint, wird es zahlreiche Veranstaltungen geben. U.a. zeigt Schuhmachermeister Simon Schäfer bei einer Führung durch seine Werkstatt, wie handgemachte Maßschuhe entstehen (Sa, 12. September, 11 Uhr, Meisterschuh Berlin GmbH, Engeldamm 64). Volker Hobrack vom Bürgerverein Luisenstadt erzählt bei einer Führung durch das ehemalige historische Zentrum der Luisenstadt über Fundstücke der Metallindustrie und die Mischung von Wohnen und Arbeiten. Anlass ist die Einweihung einer schwergewichtigen Metallpresse als

Industriedenkmal, das nun auf dem Gelände der neuen MYRICA-Siedlung in der Dresdener Straße steht.

Stadtführung mit Volker Hobrack, Sa, 12.9., 13 Uhr, Treffpunkt: Standort Metallpresse in der Wohnanlage MYRICA, Dresdener Straße 93)

Weitere Programmdetails zum Denkmaltag 2015 auf der Homepage des Bürgervereins Luisenstadt unter www.buergerverein-luisenstadt.de und unter www.tag-des-offenen-denkmals.de

In Vorbereitung ist zudem eine Ausstellung unter dem Titel »Verlorene Gotteshäuser in Berlins Mitte«, die von September bis November in der St. Thomaskirche am Bethanien-damm zu sehen sein wird.

Termine

Betroffenenvertretung (BV) Nördliche Luisenstadt

Die BV trifft sich an jedem dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr im Stadtteilzentrum »Dialog 101«, Köpenicker Str. 101. Nächste Treffen: 15. September, 20. Oktober. Die Betroffenenvertretung ist ein wichtiges Gremium und die Interessenvertretung der Bürger im Sanierungsgebiet. Die Sitzungen der BV sind öffentlich, hier kann sich jeder interessierte Anwohner engagieren. Jeder, der dreimal teilgenommen hat, ist stimmberechtigtes Mitglied. Die BV freut sich immer über neue engagierte Mitstreiter!

»Runder Tisch Köpenicker Straße«

Der Runde Tisch trifft sich regelmäßig und berät über Lösungsmöglichkeiten für permanente Probleme im Gebiet wie Lärm und Müll, die durch die hohe touristische Frequentierung und die Clubszene entstehen. Eigentümer, Mietervertreter, Club- und Hosteltreiber, Polizei, Ordnungsamt und andere sitzen mit dem Präventionsbeauftragten des Bezirks als Moderator an einem Tisch, um gemeinsam Wege zu finden. Die Runde ist öffentlich: Bürger, die sich mit einem Problem oder guten Ideen an die Runde wenden wollen, sind willkommen. Nächster Termin: 7. September.

Nächste »Ecke Köpenicker«

Die nächste Ausgabe erscheint nach der Sommerpause Mitte September, Redaktionsschluss ist Montag, der 7. September. Wir wünschen allen Lesern einen schönen Sommer! Alle bisher erschienenen Ausgaben sind als PDF abrufbar auf der Website www.luisenstadt-mitte.de

Impressum

Herausgeber: Bezirksamt Mitte von Berlin, Stadtentwicklungsamt

Redaktion: Christof Schaffelder, Ulrike Steglich

Redaktionsadresse: »Ecke Köpenicker«, c/o Ulrike Steglich, Elisabethkirchstraße 21, 10115 Berlin, Tel (030) 283 31 27, ecke.koepenicker@gmx.net

Fotoredaktion: Christoph Eckelt, eckelt@bildmitte.de

Entwurf und Gestaltung: capa, Anke Fesel, www.capadesign.de

Druck: Henke Druck, info@henkepressdruck.de

Vi.S.d.P.: Ulrike Steglich

Für den Inhalt der Zeitung zeichnet nicht der Herausgeber, sondern die Redaktion verantwortlich.

Ein Workshop zum Spreeuferweg

Biotope und Altlasten, Radwege, Touristen und Geschichtspfade ...

Zur Planung des Uferweges an der Spree in der Nördlichen Luisenstadt soll im nächsten Jahr ein Wettbewerbsverfahren für Landschaftsarchitekten ausgelobt werden. Dazu wird mit aufwändiger Bürgerbeteiligung in diesem Jahr die Aufgabenstellung entwickelt: Ein Internetforum, eine Auftaktveranstaltung und ein erster Workshop haben bereits stattgefunden. Ein zweiter Workshop folgt im Oktober, die Ergebnisse werden dann im November noch einmal öffentlich präsentiert und diskutiert.

Beim Workshop am 27. Juni wurden zunächst die Ergebnisse diverser notwendiger Voruntersuchungen vorgestellt: So wurden beispielsweise im Gelände keine geschützten Pflanzen gefunden und auch keine wertvollen Biotop. Der Wildwuchs im Uferbereich der Spree besteht vielmehr aus typischer »Ruderalvegetation«, die sich auf städtischen Brachen üblicherweise entwickelt. Ein Großteil dieser Gehölze ist zudem geschädigt – wegen schlechter Wachstumsbedingungen mit zumeist eingeschränktem Wurzelraum. Es wurden Krankheiten sowie Pilz- und Schädlingsbefall festgestellt. Auch die Belastung der Böden mit giftigen Altlasten wurde überprüft. Da im Gebiet früher Industrie angesiedelt war, bestand ein grundsätzlicher Verdacht auf Kontamination. Doch die gemessenen Werte liegen unter den für Park- und Freizeitanlagen definierten Grenzwerten, denn durch die Grundwasserströme direkt an der Spree sind die meisten Schadstoffe bereits ausgewaschen. Das Gutachten empfiehlt deshalb nur den Austausch der oberen 30 cm Erdschicht. Falls jedoch tiefer wurzelnde Obstbäume oder -sträucher angepflanzt werden, wie es von einigen Anwohnern gewünscht wird, sollte man an diesen Stellen vorher die Erde im Wurzelbereich austauschen. Die Landschaftsarchitekten müssen zudem auch die Lage der Leitungen und Kabel im Untergrund beachten. Diese wurde untersucht und auf Karten verzeichnet, die inzwischen vorliegen.

Rechtlich gehen die Überlegungen des Bezirks dahin, den Großteil des neuen Uferweges als öffentliches Straßenland mit besonderer Zweckbestimmung zu widmen und



Im Plan: Versorgungsleitungen an der Michaelbrücke

viele Radfahrer in Berlin wohl nicht davon stören lassen – zumindest aber professionelle Rikscha-Fahrer, »Bier-Bikes« und Stadtführungen mit Rädern könnten aber vielleicht abgehalten werden.

Das Thema Tourismus wurde in einer anderen Arbeitsgruppe kontrovers diskutiert. Denn auch das Ufer am Märkischen Museum gehört zum Planungsbereich. Hier soll die alte Waisenbrücke zwischen Littenstraße und Am Köllnischen Park als Fußgänger- und Radfahrerbrücke wieder aufgebaut werden. Konsequenterweise sollte dann auch der Uferbereich so gestaltet werden, dass er touristische Aufmerksamkeit anzieht: Wenn irgendwo am Uferweg die Wasserlage spektakulär gestaltet werden könnte, dann hier! Bei den neuen Abschnitten zwischen Jannowitz- und Schillingbrücke hingegen wäre eine solche Inszenierung wohl eher kontraproduktiv, auch wenn sich dort noch Originalstücke der Berliner Mauer befinden: aber einen Besucherverkehr wie beispielsweise an der Gedenkstätte Berliner Mauer in der Bernauer Straße wird der Uferweg dort schlicht nicht aufnehmen können. Die Aufenthaltsräume, die etwa im Format von »Geschichtsiseln« mit interaktiver WLAN-Verknüpfung eingerichtet werden könnten, sollten dort nicht gleich ganze Schulklassen zum Chillen einladen. Am Märkischen Ufer aber, in Museumsnähe, wäre dafür der richtige Platz. cs

Am 10.10. findet ein weiterer Workshop statt.



Doch kein Flüchtlingsheim?

Die Zukunft des Schulgebäudes in der Adalbertstraße scheint wieder offen

Die Betroffenenvertretung (BV) der Nördlichen Luisenstadt ist dagegen: Aber nicht gegen Flüchtlingsunterkünfte im Gebiet, sondern dagegen, dass ausgerechnet die ehemalige Grundschule in der Adalbertstraße 53 für sieben Jahre vorübergehend in eine Notunterkunft für Flüchtlinge umgewandelt werden könnte. Denn die BV befürchtet, dass – angesichts des umfangreichen Wohnungsneubaus im Gebiet – die wohnortnahen Schulplätze bei weitem nicht ausreichen. Die Grundschule werde deshalb schon früher benötigt. Tatsächlich sieht ein für das Sanierungsgebiet entwickeltes Konzept für den westlichen Melchiorblock ausdrücklich die Reaktivierung des Schulstandortes vor.

Doch mit den zunehmenden Flüchtlingsströmen kam die Zwischennutzung ins Spiel, über die der Bezirk und das LaGeSo als Senatsbehörde monatelang verhandelten. Öffentlich wurde das allerdings kaum kommuniziert. Die Zwischennutzung galt inzwischen schon als fast beschlossen, die Schule war dem Berliner Immobilienmanagement (BIM) übertragen worden – womit der Schulstandort in weite Ferne gerückt wäre. Aber zwei parallele Entwicklungen stellen diese Variante inzwischen infrage. Denn erstens wächst die Schüler-

zahl im Bezirk Mitte deutlich stärker als prognostiziert. Und zweitens befindet sich das für die Unterbringung der Flüchtlinge zuständige Landesamt für Gesundheit und Soziales (LaGeSo) in einem tiefgreifenden Prozess der Umstrukturierung. Nachdem klar wurde, dass in den letzten Jahren etliche fragwürdige Entscheidungen gefallen sind, das Verwaltungschaos blühte und Korruptionsvorwürde laut wurden, entzog der zuständige Sozialsenator Mario Czaja (CDU) dem bisherigen LaGeSo-Chef Franz Allert die Zuständigkeit für die Flüchtlingsunterbringung – die »Berliner Unterbringungsleitstelle« wurde zu einem eigenen Referat mit neuer Führung. Das prüft jetzt Entscheidungen wie die Zwischennutzung der Schule in der Adalbertstraße erneut.

Ein Siebtel mehr Schulanfänger als erwartet

Unterdessen wird klar, dass es deutlich mehr Schulanfänger in Mitte gibt als noch im Herbst 2014 angenommen: Rund 500 mehr Kinder als prognostiziert wurden von ihren Eltern an öffentlichen Schulen im Bezirk angemeldet. Vor allem im Wedding und im nördlichen Mitte (alt) steht der Bezirk deshalb vor großen Kapazitätsproblemen. Exakte Zahlen gibt es noch nicht, weil sich erfahrungsgemäß über die Sommerferien noch einiges hin- und herschieben wird. Das teilte die zuständige Schulstadträtin Sabine Smentek mit.

Es gibt jedoch gute Gründe für die Vermutung, dass sich die Situation an den Grundschulen auch in der Zukunft eher verschärfen wird: Die Bevölkerung des Bezirk Mitte wächst nämlich weiter doppelt so schnell wie die der Gesamtstadt. Laut Statistischem

Im Jahr 2006 zog die City-Grundschule als letzte Nutzerin des Schulgebäudes Adalbertstraße 53 in die City-Grundschule in der Sebastianstraße um. Seit 2008 steht die Schule Adalbertstraße nach kurzer Zwischennutzung leer.

Landesamt wuchs im Jahr 2014 die Einwohnerzahl um 8.404 Bewohner bei insgesamt 1.278 neu geschaffenen Wohnungen. Der Großteil des Zuwachses, so kann man schlussfolgern, vollzieht sich also in bereits vorhandenem Wohnraum: Familien wohnen immer enger zusammen. Doch das Schulangebot – weder öffentlich noch privat – hat sich dabei nicht vergrößert.

Geeignete Alternativen für Flüchtlinge möglich

Für die Schule in der Adalbertstraße bedeutet dies, dass sie wahrscheinlich schon viel früher benötigt wird als bisher angenommen. Eine Studie zur Bevölkerungsentwicklung in der Nördlichen Luisenstadt empfahl im Juli vergangenen Jahres, spätestens im Schuljahr 2021/22 diese Schule wieder zu öffnen. Das waren damals sieben, jetzt nur noch sechs Jahre Spielraum. Und eigentlich wären die Bedingungen ideal: Denn jetzt stehen im Sanierungsgebiet Fördermittel für die Neugestaltung des westlichen Melchiorblocks und die Reaktivierung des Schulstandorts zur Verfügung. In zehn Jahren aber wären sie nicht mehr verfügbar. Das Schulareal muss aber vor einer Wiedereröffnung grundlegend saniert und ausgebaut werden – das dauert ein paar Jahre. So blieben für die Zwischennutzung als Flüchtlingsunterkunft also bestenfalls fünf Jahre Zeit, aber nur, wenn sofort damit begonnen würde – und die Neueinschulungen im Bezirk in Zukunft wieder zurückgehen, womit nicht zu rechnen ist.

Wenn die neue Leitung der »Berliner Unterbringungsleitstelle« dies berücksichtigt, dann müsste sie eigentlich von der Planung Abstand nehmen. Denn auch für eine Zwischennutzung müsste zunächst viel Geld investiert werden.

Die Betroffenenvertretung hat einen anderen Vorschlag: Ganz in der Nähe der Schule verfügt die landeseigene Immobiliengesellschaft Berlinovo über mehrere Häuser, in denen sie Apartments vermietet. Nach der Beobachtung von Anwohnern sind viele dieser Apartments ungenutzt – die noch nicht mal saniert und umgebaut werden müssten und besser geeignet sind als Klassenzimmer für Massenunterbringung und ohne ausreichende sanitäre Anlagen. *cs/us*

Kommentar

Neuer Berliner Kurs – Theorie und Praxis

Die »wachsende Stadt« braucht nicht nur mehr Geld, sondern auch neue Konzepte

Berlin hat seit einigen Monaten einen neuen Regierenden Bürgermeister, einen neuen Stadtentwicklungssenator, einen neuen Finanzsenator – und einen neuen Kurs: Nachdem im letzten Jahrzehnt ein striktes »Sparen, bis die Schwarte kracht« (leider öfter an den falschen Stellen) die Stadt zwar finanziell wieder konsolidiert, aber auch an die Grenzen ihrer Belastbarkeit gebracht hatte, will der Senat nun dem neuen Leitbild der wachsenden Stadt auch mit deutlich stärkeren Investitionen gerecht werden: mehr Personal für bezirkliche Bürger-, Ordnungs- oder Planungsämter, mehr Geld für Sanierung von Kitas und Schulen, für Flüchtlingsversorgung, vor allem aber auch für den so dringend benötigten sozialen Wohnungsneubau. Denn die Stadt, so die neuesten Zahlen des Stadtentwicklungssenators Andreas Geisel, wird in den nächsten Jahren noch schneller und stärker als bislang prognostiziert wachsen.

Doch Stadt ist ein kompliziertes Gebilde – und es ist zum einen die Frage, wie es gelingt, in der Praxis das weitere soziale Auseinanderdriften aufzuhalten. Denn Wachstum ist nicht gleich Wachstum. Absolut wachsen die Einwohnerzahlen und damit der Wohnflächenverbrauch – doch ist dieser immer ungleicher verteilt. Hier gutsituierte Eigentumswohnungs- oder Townhouse-Käufer, die pro Person großzügig Platz für sich beanspruchen, dort Familien mit geringem Einkommen, die immer enger zusammenrücken müssen, um die steigenden Mieten und die Wohnungsnot zu bewältigen. Die Stadt wird dichter – sogar dort, wo gar nicht neu gebaut wird.

Und deshalb – dieses Thema ist mindestens genauso drängend – muss neben dem Wohnungsbau auch die öffentliche soziale Infrastruktur mit dem Wachstum Schritt halten. Das betrifft auch und dringend die Schulen. Schon jetzt gibt es in manchen Bezirken angesichts wachsender Kinderzahlen enorme Kapazitätsprobleme. Manche Eltern wissen heute immer noch nicht, wo ihr Kind im September eingeschult wird. Jetzt rächt es sich, dass seit den 90ern Schulen zusammengelegt, Schulstandorte geschlossen und veräußert wurden – Standorte, die nun fehlen. Statt einer klugen, vorausschauenden Schulpolitik wurde eine kühle fiskalische Logik praktiziert: Denn es war natürlich wesentlich einfacher, Schulen zu schließen und Grundstücke zu verkaufen, als jetzt neue Schulstandorte zu bilden und einzurichten, die ja auch mit ausreichenden Freiflächen, Sportmöglichkeiten etc. ausgestattet sein müssen.

Bildecke



Mal ganz zu schweigen von qualifiziertem Lehrpersonal, das ebenso dringend benötigt wird und angeworben werden muss. Angesichts des langen Einstellungsstopps und der wenig verlockenden Bedingungen in Berlin sind viele junge Lehrer längst in andere Bundesländer abgewandert, in Berlin wird aber in den nächsten Jahren ein großer Teil der Lehrer in den Ruhestand gehen.

In einigen Bezirken war man wenigstens so standhaft, den einen oder anderen Standort zu verteidigen und mit Zwischennutzungen im bezirklichen Fachvermögen zu halten, doch auch deren Reaktivierung wird große Mühen und Geld kosten. Zu einer wachsenden Metropole in einem Land mit Schulpflicht gehören aber ausreichend (kommunale!) Schulplätze und ein qualifiziertes Bildungsangebot.

Noch in den 2000er Jahren musste man sich im Bezirk Mitte völlig surreale Schulpolitik- und Schulverwaltungssätze anhören wie jenen, dass die Vorschulkinder sowieso »nicht in den Grundschulen des Bezirks ankommen« (das klang, als würden die Kinder auf dem Schulweg unter den Bus kommen, meinte aber, die Familien würden sowieso ins Umland abwandern), und den Rest würden schon Privatschulen richten. Wer aber als Berliner Politiker auch noch in den 2000er Jahren davon ausging, dass junge Familien, sobald der Nachwuchs ins schulpflichtige Alter kommt, auf der grünen Umland-Wiese Häusle bauen, der hat die Zeichen der Zeit und der Stadt verpasst. *us*

Partizipation in der Stadtentwicklung – aber wie?

Beteiligungsverfahren sind essentiell in der Stadtentwicklung – doch wie können sie gestaltet werden, damit sie nicht einerseits als »Alibiveranstaltung« empfunden werden, andererseits nicht mit zu vielen Einzelmeinungen und Partikularinteressen in qualvollen Endlosrunden zerredet werden? Wie also könnte Partizipation, verstanden als ernsthafte Teilhabe, im konkreten Fall methodisch aussehen? Ein Moabiter Beispiel.

Das Vorhaben

Die Turmstraße 75, das »Brüder-Grimm-Haus« im Moabiter »Aktiven Zentrum« und Sanierungsgebiet ist derzeit so etwas wie ein Pilotprojekt. Der gewaltige Gebäudekomplex, ein Ende des 19. Jahrhunderts errichteter und 1914 erweiterter Schulbau mit einem riesigen Hof, hat heute viele unterschiedliche Nutzer: u.a. das Berlin Kolleg, die »Galerie Nord«, die Volkshochschule Mitte, die Fanny-Hensel-Musikschule, den Verein »Lesewelt e.V.« und mehrere Beratungsstellen. Damit ist es ein wichtiger Ort für Moabit – für ein Quartier, dem es ansonsten an öffentlichen Sozial- und Kulturräumen mangelt: für Veranstaltungen, Initiativen und anderes. Deshalb ist die Neugestaltung der Turmstraße 75 zu einem Kultur- und Bildungszentrum, das sich auch nach außen stärker für unterschiedlichste Nutzer öffnet und ausstrahlt, eines der zentralen Projekte im AZ-Gebiet in den nächsten Jahren.

Die Aufgabe

Die Turmstraße 75 hat trotz ihres Angebots noch beträchtliche ungenutzte Potenziale: räumlich, gestalterisch, organisatorisch. Die Räume sind unübersichtlich, mit vielen verschachtelten Fluren, schwer auffindbaren Ein- und Aufgängen zu den Zimmern. Ein Foyer oder auch ein gemeinsamer Internetauftritt des Hauses fehlen komplett. Bislang bieten die unterschiedlichen Nutzer kaum etwas zusammen an. Einige Räumlichkeiten sind untergenutzt oder noch gar nicht richtig entdeckt.

Doch die Neuorganisation und Umgestaltung ist ein längerer und komplizierter Prozess mit zahlreichen Beteiligten: nicht nur mit den vielen Nutzern des Gebäudekomplexes. Hinzu kam, dass die einzelnen Gebäudeteile unterschiedlichen Fachverwaltungen des Bezirks zugeordnet sind. Am Entwicklungsprozess sind damit auch die Schul-, die Kultur- und die Stadtentwicklungsabteilung des Bezirks beteiligt. Außerdem haben die Sanierungsbeteiligten, die Senatsverwaltung als Fördergeber und die BVV als politisches Gremium mitzureden, auch die Öffentlichkeit wurde einbezogen.



Ch. Eckelt (2)

Die Kommunikatoren

Der Bezirk beauftragte Bernd Käßlinger damit, den Start dieses Pilotprojekts zu begleiten. Käßlinger ist Juniorprofessor an der kultur-, sozial- und bildungswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität Berlin und beschäftigt sich mit dem Thema lebenslanger Bildung. Im Beteiligungsprozess wurde dann auch die Architektin Prof. Susanne Hofmann als Expertin hinzugezogen, deren spezielles Thema partizipativer Bildungs- und Wohnungsbau ist. Dafür hatte sie vor Jahren an der TU Berlin das studentische Projekt »Die Baupiloten« aufgebaut. Mit wechselnden studentischen Teams konzipierte sie Bauprojekte für Kitas, Schulen, Universitäten oder öffentliche Orte – immer unter aktiver Beteiligung der Nutzer, mit großem Erfolg. So wurde der Umbau der Weddinger Erika-Mann-Grundschule zu einem zeitgemäßen, kindgerechten Lern- und Aufenthaltsort ein vielbeachtetes und preisgekröntes Modellprojekt. Ihre Erfahrungen und Handlungsempfehlungen hat sie in einem Buch gebündelt: »PARTIZIPATION MACHT ARCHITEKTUR. Die Baupiloten – Methode und Projekte«.

Das Verfahren

Außenstehenden mag das Verfahren langwierig erscheinen. Doch im letzten halben Jahr ist für die Turmstraße 75 schon Wesentliches geschehen. So soll das Vorderhaus u.a. mit der Galerie Nord, der Volkshochschule und der Musikschule innerhalb des Bezirks in das Fachvermögen des Amts für Weiterbildung und Kultur, Umwelt und Naturschutz übertragen werden, was Zuständigkeiten klärt und Handlungsmöglichkeiten erleichtert.

Ein wichtiger Schritt war zudem die Klärung der grundsätzlichen Frage, was der Gebäudekomplex nach innen und außen sein soll. Will man das Haus völlig neu gestalten, oder soll die bisherige Mischung bleiben? Wie könnte sich der Raum nach außen öffnen, was wünscht sich der Stadtteil?

Bernd Käßlinger und sein Team nahmen zunächst eine gründliche Bestandsanalyse vor, immer in Kontakt mit den Verantwortlichen und den Nutzern. Ergebnis dieser Analyse mit mehreren hundert Personen im Kiez: Die Mischung mit unterschiedlichen Nutzern soll bleiben, doch die Kapazitäten des Hauses lassen noch viel mehr zusätzliche freie, temporäre Nutzungen zu. Manche Räume könnten zeitweise von lokalen Initiativen, Einrichtungen oder Netzwerken für Veranstaltungen oder Kurse gebucht werden. Dazu soll es ein Organisationsteam geben, das die öffentliche Raumvergabe regelt.

»Vieles ist räumlich nicht ausgelastet. In den Sommerpausen sind beispielsweise die Räume der Musikschule und der VHS frei«, sagt Bernd Käßlinger, »da ist das Haus eher ein Geisterhaus. Der Konzertsaal der Musikschule könnte stärker für Veranstaltungen anderer Initiativen genutzt werden. Wir entdeckten den gut eingerichteten Kochraum, der als Küche für VHS-Lehrkurse jedoch nicht durchgängig genutzt wird. Bei unseren Straßenbefragungen an diversen Moabiter Orten haben wir aber immer wieder gehört, wie groß das Interesse im Kiez an Kochkursen und entsprechenden Angeboten ist. Nur weiß eben kaum jemand, dass es die Voraussetzungen bereits in der Turmstraße 75 gibt. Bei unseren Bestandsaufnahmen sahen wir außerdem überdimensionierte Flure des ehemaligen Schulgebäudes oder fast vergessene Räume wie große Kohlekeller, die nach der Umstellung auf Fernwärme kaum genutzt werden. Das alles kann man reaktivieren oder viel effektiver nutzen. Denn in Moabit fehlen öffentliche Räume für Veranstaltungen und Initiativen. Auch der schöne große Hof könnte als grüne Oase ein Ruhe-Kontrast zur turbulenten Turmstraße sein.«

Gemeinsamer Grundkonsens und Einzelinteressen

Der nächste Schritt war, gemeinsam mit Susanne Hofmann die Anliegen der jetzigen Hausnutzer zu erkunden und mit ihnen zunächst einen gemeinsamen Grundkonsens als Ziel zu entwickeln. Bei so vielen unterschiedlichen Nutzern ist das eine sensible Angelegenheit: Es gilt, die Einzelinteressen (Raumwünsche und -bedarf, Besucherverhalten etc.) auszutarieren und gleichzeitig eine gemeinsame Zielvorstellung für das Gesamtensemble zu entwickeln. Ein Beispiel ist der Hof: Wie kann man ihn bespielen und z.B. für Veranstaltungen nutzen, ohne dass das Lernen im »Berlin Kolleg« im hinteren Gebäudeteil gestört wird?

Planspiele als Methode

Susanne Hofmann hat etliche Methoden entwickelt und in ihrem Buch dargestellt, wie man mit Plan- und Verhandlungsspielen und einer guten Moderation wesentliche Wünsche und Ziele und letztlich eine Gesamtplanung herausfiltern kann – egal, ob für ein Kulturhaus, Mehrgenerationenwohnen oder öffentliche Orte. Sie nutzt dafür die Methode von Gesellschaftsspielen.

Zur Demonstration baut eine ihrer Mitarbeiterinnen ein solches Spiel auf, das mit den jeweiligen Nutzern durchgeführt wird. Wichtig ist dabei ein geschulter Moderator, der als Vermittler auf die Teilnehmer eingeht, ihre Anregungen und Wünsche aufnimmt und ordnet. Grob gesagt, geht es in der ersten Spielanordnung darum, die Atmosphäre, den bisherigen Alltag mit seinen regelmäßigen Ritualen, die



Strukturen, die Stärken und Schwächen des Areals sowie die Wünsche der Nutzer zu erkunden. Ziel ist dabei, einen Basis-Konsens für alle Beteiligten zu finden. Im Fall der Turmstraße 75 war es die gemeinsame Überzeugung, dass sich das Haus mit seinen vielfältigen Nutzungen stärker nach außen öffnen und als Bildungs- und Kulturzentrum erkennbar sein sollte.

Danach geht es in einer weiteren Runde um individuelle Vorstellungen und Wünsche der Beteiligten – und im Kern auch darum, dass nicht alles ein großes Wunschkonzert sein kann. Die Beteiligten müssen im »Verhandlungsspiel« Gemeinsamkeiten suchen, aber auch für sich Prioritäten setzen: Was ist mir besonders wichtig, und worauf könnte ich eher verzichten für einen Konsens? »In vielen Aushandlungsverfahren waren wir sehr überrascht, wie wenig Änderungswünsche an den Planungen es nach diesen zwei Schritten noch gab«, sagt Susanne Hofmann.

Die Grundprinzipien

Es gibt einige wichtige Grundsätze, die Bernd Käßlinger und Susanne Hofmann für ihr Partizipationsmodell formulieren:

Erstens: Partizipation, verstanden als Teilhabe und Mitsprache, muss ernst genommen werden. »Pseudopartizipation« ist sinnlos und enttäuscht nur die Beteiligten.

Zweitens: Rein quantitative Umfragen auf der Suche nach Mehrheitsmeinungen sind wenig hilfreich. »Fragebögen geben meist schon Antworten vor«, sagt Bernd Käßlinger, »und pure Mehrheitsabstimmungen sind nicht immer die klügsten. Viel wichtiger sind qualitative Debatten und Aushandlungsprozesse, wo die Interessen wirklich auf den Tisch kommen.«

Drittens: Wichtig ist ein gut moderiertes und kreatives Verfahren, das auch die Leisen zu Wort kommen lässt, die sonst von den Wortmächtigen dominiert würden.

Viertens: Es muss eine lebendige Wechselwirkung zwischen »top down« und »bottom up« geben – also einen Austausch zwischen »von oben nach unten« und »von unten nach oben«, zwischen der Basis und den Entscheidern.

Fünftens: In dem Prozess müssen die Beteiligten entscheiden, wo ihre Prioritäten liegen, was ihnen besonders wichtig ist und wo sie Kompromisse eingehen können.

Sechstens: »Es kann letztlich bei solchen Projekten keine basisdemokratische Entscheidung geben«, sagt Bernd Käßlinger. Außerdem sei es unmöglich, alle Wünsche zu berücksichtigen: »Es ist eine falsche Harmonievorstellung, dass alle immer alles gemeinsam wollen und gut finden müssen. Konstruktives Streiten bringt mehr.«

Und siebtens: »Es ist ein Aushandlungsprozess. Aber letztlich müssen Entscheidungen getroffen werden. Irgendwann muss es ein Ergebnis geben, das dann praktisch umgesetzt wird.«

Für die Turmstraße 75, so sehen es beide, habe allein schon der Anfangsprozess (der im letzten Winter auch öffentlich in einem Stadtteilplenum vorgestellt wurde) einen Erfolg gezeitigt – nicht nur zwischen den Nutzern des Hauses, die sich besser kennenlernten, mehr über Raumpotenziale erfuhren und sich über unterschiedliche Ansprüche austauschten, sondern auch nach außen. Die Turmstraße 75 wird seitdem im Gebiet viel stärker als öffentlicher Ort mit Potenzial wahrgenommen. us

*Zum Thema Partizipationsverfahren in der Stadtentwicklung ist Susanne Hofmanns Buch mit zahlreichen Beispielen sehr anregend: »PARTIZIPATION MACHT ARCHITEKTUR. Die Baupiloten – Methode und Projekte«, Jovis Verlag
Im Foto: Susanne Hofmann, Bernd Käßlinger*

»Die Menschen in der Stadt sichtbar machen«

Das Stadtforum debattierte über den öffentlichen Raum

Wo immer der neue Stadtentwicklungssenator Andreas Geisel (SPD) öffentlich auftritt, redet er von der »wachsenden Stadt«. Als sein Vorgänger, der jetzige Regierende Bürgermeister Michael Müller, Ende 2011 das Stadtentwicklungsamt übernommen hatte, ging man offiziell noch von einer eher stagnierenden Bevölkerungsentwicklung aus. Doch seitdem wächst Berlin um jährlich gut 40.000 Einwohner – inzwischen werden bis 2030 sogar ca. 400.000 Neuberliner prognostiziert, damit stiege die Bevölkerungszahl auf fast 4 Millionen. Das stellt die Politik vor neue Herausforderungen – vor allem natürlich die Stadtentwicklungspolitik. Im »Stadtforum«, das unter Andreas Geisel wieder deutlich an Gewicht und Konturen gewinnt, stellt sich die Spitze der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt der Öffentlichkeit und diskutiert dort die Konsequenzen dieser neuen Wachstumsdynamik.

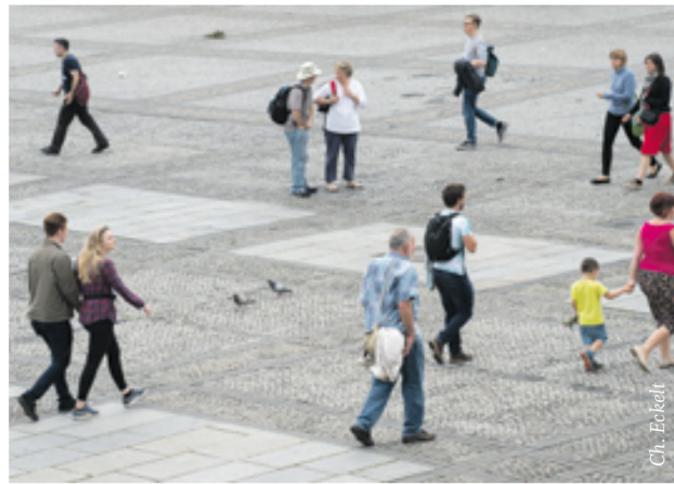
Stand beim ersten neuen Stadtforum im April noch der Wohnungsbau im Mittelpunkt, so ging es am 22. Juni beim zweiten Stadtforum um den öffentlichen Raum.

Ein weites Feld: Denn es betrifft sowohl den Straßenraum als auch öffentliche Plätze, Grün- und Freiflächen und berührt zudem grundsätzliche Fragen wie Bürgerbeteiligung und ressortübergreifendes Verwaltungshandeln. In seiner Einführung benannte Andreas Geisel insgesamt sieben Konfliktpunkte im öffentlichen Raum. Jeder für sich wäre es wert, in einem eigenen Stadtforum besprochen zu werden.

Als Gast hielt die Kopenhagener Planerin Helle Søholt einen Vortrag über die »Neuprogrammierung des Stadtraums«. Kopenhagen ist heute ein Paradebeispiel für eine lebendige und menschenfreundliche Stadt. Nicht nur der hohe Anteil des Fahrradverkehrs (über 30 Prozent am Gesamtverkehr – in Berlin sind es nur 13 Prozent), und die Tatsache, dass 70 Prozent der Radfahrer auch im Winter mit dem Rad unterwegs sind, zeichnet die Stadt aus.

Noch wesentlicher sind für Helle Søholt die Bedingungen für die Fußgänger, denn vor allem direkte menschliche Begegnungen verleihen der Stadt Lebensqualität: »Leute ziehen Leute an!«, sagt sie, es gehe darum, »neue Wege zu finden, die Menschen in der Stadt sichtbar zu machen.« Weiterhin fordert sie, Stadtplanung als fortlaufenden Prozess zu begreifen, der sich ständig auch ändern kann: »We can not mastermind our cities!« (in etwa: »Wir können unsere Städte nicht von oben lenken!«) Stadt ist für sie eine lebendige Kultur, die sich ständig neu reproduziert und erfindet, Stadtplanung sei deshalb auch nie abgeschlossen und werde sich immer neuen Bedingungen anpassen müssen. Im Anschluss an das Stadtforum leitete sie zwei Workshops in Charlottenburg und Pankow.

Deren Bezirksstadträte für Stadtentwicklung, Marc Schulte und Jens-Holger Kirchner, saßen auch beim Stadtforum auf dem Podium. Schulte beklagte sich über den Bürgerwiderstand, auf den er immer trifft, wenn Parkplätze im öffentlichen Straßenland zugunsten ande-



rer Nutzungen wegfallen sollen. Kirchner erinnerte an tausend wütende Anwohner der Michelangelostraße, die ihm bei einer Bürgerversammlung in der Gethsemanekirche ein trotziges Nein entgegenhielten, weil Parkplätze für dringend benötigten Wohnungsneubau wegfallen sollten. Dabei wettete er gegen den »gefühlten grundgesetzlichen Anspruch auf einen Stellplatz direkt vor der Haustür«. Schon in seinem Eingangsstatement hatte Andreas Geisel darauf hingewiesen, dass sich zunehmend Bürger mit individuellen Eigeninteressen organisieren und dabei behaupten, für die Mehrheit zu sprechen. Geisel bekannte sich dazu, in solchen Fällen Rückgrat zu zeigen und die Konflikte auszutragen. Den öffentlichen Raum wolle er nicht dem »Recht des Stärkeren« überlassen.

Helle Søholt wiederum hatte in ihrem Vortrag darauf hingewiesen, dass als Ausgangspunkt von Prozessen der Neuprogrammierung von Stadträumen zunächst Visionen entwickelt werden müssen, die stark genug sein sollten, den Prozess über viele Jahre zu tragen. Beim Wohnungsbau hat der Senat solch eine Vision schon gefunden und ins Zentrum seiner Argumentation gerückt: die auch künftig weiter wachsende Stadt, die deshalb neu überdacht werden muss.

Für die Entwicklung des öffentlichen Raumes reicht diese Vision aber nicht. Denn Berlin wächst ja unter anderem auch deshalb, weil sein öffentlicher Raum international bereits als überaus lebenswert wahrgenommen wird – auch darauf hatte Helle Søholt verwiesen. Um diese besondere Qualität weiter zu stärken und damit weiteres Wachstum zu ermöglichen, bräuchte Berlin ein anderes Leitbild als nur das der »wachsenden Stadt«, nämlich eines, das auf Qualität verweist, nicht auf Quantität.

Denn Berlin verfügt bereits über viele Parks und Plätze, über Wälder und Uferbereiche wie kaum eine andere Millionenstadt dieser Welt. Für das weitere Wachstum benötigt Berlin also nicht unbedingt mehr Raum, sondern mehr Begegnungsqualität im vorhandenen Raum. Geisel hatte in seinem Eingangsvortrag den Park am Gleisdreieck als Beispiel für eine gelungene Gestaltung eines neuen Parks aufgeführt. Als wegweisend für die Umgestaltung von öffentlichen Anlagen nannte er den Wedding Leopoldplatz und den Moabiter Otopark / Kleinen Tiergarten als »Beispiele dafür, wie es gelungen ist, verschiedene Nutzergruppen miteinander in Einklang zu bringen. Wer mal am Leopoldplatz war, weiß, was ich meine: Da ist eine Ecke extra eingerichtet worden für die Trinkergruppe. Damit ist das Problem zwar sozial nicht bewältigt, aber was den öffentlichen Raum betrifft, sehr wohl.«

Das nächste Stadtforum findet am 5. November statt. Dabei geht es um Klima und Energie.

Dealer, Spritzen, Exkreme

Anwohner der Köpenicker Straße berichten am »Runden Tisch« über zunehmende Probleme in Wohnhäusern

Es sieht derzeit nicht gut aus in den Wohnhäusern Köpenicker Straße 104–114. Das ältere Paar, das in dem Plattenbauriegel wohnt und beim letzten »Runden Tisch Köpenicker« erschien, berichtet von einem sehr ernstzunehmenden Problem, das vielen Bewohnern zu schaffen macht, und hat dafür auch fotografische Belege.

Beim »Runden Tisch Köpenicker« werden seit 2013 regelmäßig Konflikte besprochen und verhandelt, die mit der im Gebiet stark konzentrierten Clubszene sowie dem wachsenden Tourismus einhergehen und die Anwohner stark belasten: insbesondere Dauerlärm, Müll, Drogen, Verkehrsströme. Am Runden Tisch, der durch den Präventionsrat des Bezirks Mitte moderiert wird (neu im Amt ist Thomas Haas, der die Nachfolge von Heinz Nopper antritt), sitzen Anwohner, die Betroffenenvertretung, die Polizei, Mietervertreter und Vertreter der Wohnungsbau-Gesellschaften, der Clubszene, des A&O-Hostels und andere zusammen, um Lösungen oder wenigstens Kompromisse zu suchen. Manche Lösungsversuche klappen inzwischen schon ganz gut, wie die Sonntagsreinigung der Gehwege durch einige Clubs. Dafür tauchen neue Probleme auf – so wie im Plattenbauriegel entlang der Köpenicker Straße.

Hier, so berichtet das Bewohnerpaar, sind seit geraumer Zeit auf den Parklätzen vor dem Block Drogendealer zugange, die auf das Partypublikum der Clubs an der Köpenicker lauern: Wenn im Sage-Club, Tresor oder Kitkat-Club Parties sind, ist der Umsatz besonders gut. Und auch manche jugendliche Provinz-Gäste im nahegelegenen riesigen 1600-Betten-A&O-Hostel nutzen die »Hauptstadt-Freiheit« außerhalb der heimatischen sozialen Kontrolle nur allzu gern. Immer öfter klingeln insbesondere in den Hauseingängen Köpenicker 104–114 Party-Besucher, Drogenkonsumenten und Junkies einfach alle Mieter an. Und irgendeiner von den vielen Bewohnern betätigt irgendwann genervt einfach den Türöffner, ohne nachzufragen. So gelangen ungebundene Leute ins Haus, deren Hinterlassenschaften unerträglich sind: Drogenspritzen und Koks-Papier-



chen, leere Bierflaschen, Alkoholpfützen, Urin und Kot in Hausfluren und Kellern. Immer öfter nächtigen auch zugehörnte und betrunkene Personen in den Hausfluren, die bei Ansprache durchaus aggressiv reagieren. Allein schon die dokumentierenden Fotos sind heftig – die Realität möchte man lieber nicht live erleben. Aber die Anwohner sind diesem furchtbaren Zustand permanent ausgesetzt.

Insbesondere den älteren Bewohnern macht all das Angst, aber nicht nur ihnen. Auch die Reinigungsfirma, die von der Eigentümerin des Plattenbaus, der Wohnungsbaugesellschaft Berlin Mitte (WBM) mit der Pflege der Hausaufgänge beauftragt wurde, bestätigt die unhaltbare Situation. Eine Mitarbeiterin der Reinigungsfirma hat bereits gekündigt, weil sie bedroht und beleidigt wurde und sich den Zumutungen nicht mehr aussetzen mochte. Am Runden Tisch sagt ein Firmenvertreter, dass auch er dringenden Handlungsbedarf sehe: »Wir fürchten um die Sicherheit unserer Mitarbeiter, bei uns sind ja auch viele Frauen tätig. Wir möchten natürlich nicht, dass weitere Mitarbeiter kündigen.« Auch dem Hausmeister wurde Berichten zufolge schon Gewalt von Dealern und Drogennutzern angedroht.

Hinzu kommt, dass eine Straßenlaterne vor der Köpenicker 103/104 schon seit geraumer Zeit nicht mehr funktioniert. So wird der Straßenraum – der auch die öffentliche Durchwegung zu den Grundstücken Köpenicker Straße 104–114 ist – zum düsteren Dunkelraum, in dem sich Dealer wohl fühlen, und für die Mieter zum Angstraum. Wer aber ist für die kaputte Lampe zuständig? Der Privateigentümer des Grundstücks Köpenicker 103 oder das Land Berlin? Engagierte Bewohner, die sich dringend und zunehmend verzweifelt um Hilfe bemühen,

Kiezrundgang mit Mitgliedern des Runden Tisches

stießen bislang nur auf ratlose Reaktionen, Ignoranz und unklare Zuständigkeiten, beispielsweise für die Straßenbeleuchtung. Die WBM sieht sich finanziell nicht in der Lage, in jedem der sechs Hausaufgänge einen Concierge-Dienst einzurichten (der wiederum von den Mietern mitfinanziert werden müsste). Die Vertreterin der WBM, die sonst am Runden Tisch teilnimmt, war diesmal leider nicht anwesend – ebenso übrigens wie Vertreter des A&O-Hostels oder der Berolina-Wohnungsgenossenschaft. Schade, denn so konnten dringende Probleme nicht sofort diskutiert werden.

Vereinbart wurde nun, beim nächsten Runden Tisch das Thema explizit und in Anwesenheit von WBM-Vertretern zu erörtern. Auf der Tagesordnung steht dann auch einmal mehr das Thema A&O-Hostel in der Köpenicker Straße mit 1600 Übernachtungspunkten, das weiterhin für Probleme sorgt: mit einer wachsenden Zahl von Reisebussen, die dort und in den angrenzenden Straßen parken, mit Besuchern, die sich gern auf den Zugangstreppe lautstark zum Rauchen und Trinken aufhalten und damit den Nachtschlaf der Anwohner in den umliegenden Straßen stören, mit offenbar dauerhaften Müllcontainern an der Adalbertstraße und einer lauten Müllpresse, die nahezu rund um die Uhr im Einsatz ist.

Der »Runde Tisch Köpenicker« ist öffentlich und findet alle zwei Monate statt, am ersten Montag im Monat von 11 bis 13 Uhr. Anwohner sind immer willkommen! Nächster Runder Tisch: 7. September.



Auch Regen kriegt es nicht klein!

Das Luisenstädter Bürgerfest 2015

Das Wetter hat nicht ganz so mitgespielt. Auf das Sommerfest des Bürgervereins Luisenstadt am 26. Juni ergoss sich die eine oder andere Husche – zum Glück aber nicht so stark, dass man unter den ausladenden Kronen der Bäume auf dem Michaelkirchplatz keinen Schutz mehr gefunden hätte. Wer clever war, konnte die Regenunterbrechung auch dazu nutzen, sich einmal das Tauthaus am Engelbeken von innen anzuschauen oder an einer Führung durch die Annenkirche teilzunehmen.

An dem Fest des Bürgervereins Luisenstadt hatten sich auch zahlreiche Anrainer, Initiativen, Vereine, lokale Institutionen beteiligt. Zum Beispiel die Caritas, die am Michaelkirchplatz ein Haus für »heilpädagogisches Wohnen« betreibt: Die geistig behinderten Kinder und Jugendliche aus dem Projekt waren – wie jedes Jahr – auf dem Fest präsent und auch auf der Bühne aktiv. Allein schon deshalb war das Fest ein Erlebnis: so ungezwungen und ausgelassen begegnen sich Menschen mit Handicaps und »Normalos« ansonsten eher selten in der Stadt.

Man konnte aber auch die Begegnung mit Politikern suchen. Der Bezirksbürgermeister von Mitte, Christian Hanke (SPD), und seine Kollegin aus Kreuzberg, Monika Hermann (Grüne) stellten sich nämlich den Fragen des Publikums. Zu ihnen gesellte sich der Landesvorsitzende der Berliner SPD, Jan Stöß, der 2016 bei der Abgeordnetenhauswahl im Wahlkreis Mitte 2 das Direktmandat von Carola Bluhm (Linke) erobern will. Zu den Fragen der Bürger hatte er allerdings wenig zu sagen, die kreisten nämlich um Themen wie Anwohnerparken in der Luisenstadt, die künftige Nutzung der Schule in der Adalbertstraße und die Probleme, die die Clubs in der Köpenicker und die seit Jahren stark ansteigende Zahl von Touristen in der Gegend verursachen.

Zu ähnlichen Fragen konnte man sich auch am Stand des Sanierungsgebietes Nördliche Luisenstadt informieren. Der war gut besucht, obwohl insgesamt aufgrund des schlechten Wetters deutlich weniger Luisenstädter den Weg zum Fest gefunden hatten als etwa im vergangenen Jahr. Im nächsten Jahr werden aber vermutlich noch mehr Politiker hinfinden – dann ist Berlin nämlich mitten im Wahlkampf.

cs



Berlin macht sauber!

Nämlich am gleichnamigen Aktionstag am Samstag, dem 19. September. Auch der Bürgerverein Luisenstadt und die Betroffenenvertretung möchten im Kiez aktiv werden und rufen dazu auf, sich ab 9 Uhr an der Reinigungsaktion zu beteiligen. An vermüllten Ecken mangelt es nicht, doch voraussichtlich wollen sich die BV und der Bürgerverein diesmal vorrangig dem Areal rund um die Schule Adalbertstraße widmen. Die BSR unterstützt die Aktion – ebenso wie der »Runde Tisch Köpenicker«.

Stadtteilladen: Offen für Nachbarschaftsinitiativen!

Die Räumlichkeiten des »Dialog 101« in der Köpenicker Straße 101 werden zum Stadtteilladen hergerichtet. Insgesamt 300 Quadratmeter stehen barrierefrei im Erdgeschoss zur Verfügung und können von Initiativen oder Vereinen genutzt werden. Bis Ende September können sich Interessierte bei dem Hauptmieter des Ladens, dem Gebietsbetreuer des Sanierungsgebietes Nördliche Luisenstadt (KoSP), bewerben. Im größten von drei Räumen können sich bis zu 70 Leute versammeln, es gibt abgeschlossene Beratungszimmer. Bislang tagen hier die Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt und der Runde Tisch Köpenicker Straße, auch die monatlichen Beiratsrunden der Sanierungsbeteiligten finden hier statt, ebenso einzelne öffentliche Veranstaltungen wie Workshops. Der KREATIVHAUS e.V. wird hier auch weiterhin eine Nähwerkstatt betreiben. Welche Initiativen, Vereine, Menschen aus der Luisenstadt suchen noch Räume für regelmäßige soziale oder kulturelle Aktivitäten, für einzelne Veranstaltungen, öffentliche Ausstellungen, Lesungen oder offene Treffen? Die Nutzungen und Aktivitäten sollen einen Bezug zur Luisenstadt aufweisen und sich vorrangig an die Bewohner und Nutzer im Quartier richten. Ausgeschlossen sind private oder gewerbliche Nutzungen. Kontakt: KoSP – siehe Rückseite dieser Zeitung.

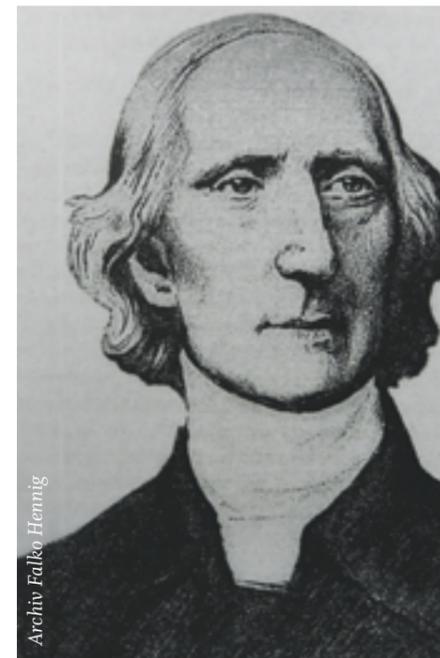
»Bachmann kann passieren!«

Das Leben des ersten Chronisten der Luisenstadt

Johann Friedrich Bachmann war der erste Chronist der Luisenstadt. Sein Buch »Die Luisenstadt. Versuch einer Geschichte derselben und ihrer Kirche« von 1838 war eine Sensation, denn bis dahin hatte es noch keine Geschichte eines einzelnen Stadtteils von Berlin gegeben. Bachmann präsentierte sich mit diesem Buch als akribischer Forscher und sorgfältiger Wissenschaftler.

Sein Lebensweg führte ihn bis nach Portugal, obwohl seine Laufbahn schon durch seine Geburt am 21. Juli 1799 in Drossen in der Neumark als Sohn eines Pfarrers vorgegeben schien. 1816 kam Bachmann ins Berliner Gymnasium zum Grauen Kloster in die Klosterstraße. Nach dem Tod des Vaters hatte er es nur der Förderung durch Direktor Bellermann zu verdanken, dass er sich den Besuch überhaupt leisten konnte.

Er studierte danach Theologie in Halle und Berlin und engagierte sich deutschnational. Schon als Gymnasiast hatte er nach Turnvater Jahn's Anleitung geturnt, nun trat der sogar der Deutschen Burschenschaft bei. Für den Militärdienst wurde er trotzdem als zu schwach eingestuft. Sein Berufsleben begann er als Lehrer am Schindlerschen Waisenhaus in der Friedrichsgracht 57. Damit war Bachmann in der Luisenstadt angekommen, die sein Thema werden sollte.



Archiv Falko Hennig

Das Schindlersche Waisenhaus nahm jeweils 30 arme vater- oder elternlose evangelische Knaben von neun bis zwölf Jahren auf, um sie sechs Jahre lang zu erziehen und sie Gymnasien oder Realgymnasien besuchen zu lassen. Das Haus war mit der Schindlerschen Legatenkasse verbunden, die Stipendien für Gymnasiasten und Theologie-Studierende vergab und die Erziehung von Töchtern armer Witwen unterstützte.

1825 wurde Bachmann als Prediger und Religionslehrer nach Lissabon berufen, im Urlaub drei Jahre später heiratete er im Berliner Dom seine Verlobte Julie Lieder. In Portugal aber spitzte sich die Lage zu, Staatsstreik und Bürgerkrieg verhinderten seine Rückkehr. Ende 1828 wurde er dann zweiter Prediger an der Luisenstadt-Kirche in der Alten Jakobstraße.

Er durchstöberte das Archiv seiner Gemeinde und schrieb eine umfassende Geschichte seiner Heimat. Mit dem Buch gab er ein Vorbild für »vaterländische Geschichte« und auch für den genauesten Umgang mit den Quellen.

1843, die Luisenstädtische Gemeinde war durch die Industrialisierung stark gewachsen, wurde diese auf seinen Vorschlag hin geteilt: Er hatte den König Friedrich Wilhelm IV. dazu gebracht, der neuen Kirche ein Baugrundstück in der Oranienstraße zu überlassen. Bachmann teilte mit dem König sehr orthodoxe Ansichten, und so erinnerten seine Gottesdienste eher an katholische. Sein Wegbegleiter Eduard Kochhann glaubte, nicht Überzeugung, sondern Eitelkeit und »Augendienerei« hätten Bachmann dabei geleitet.

In der Revolution 1848/49 zeichnete er sich durch besondere Courage aus, allerdings als Reaktionär. Zu einer Haustrauung stieg er über die Barrikaden der Luisenstadt in vollem Ornat, sein Ansehen war groß genug, dass gerufen wurde: »Bachmann kann passieren!«

Der Todeskeim für christliche Gemeinden war für ihn die Trennung von Staat und Kirche, deshalb gründete er als Gegenbewegung den »Evangelischen Verein für kirchliche Zwecke«. Als Belohnung für seine Treue zur Monarchie bekam er den Roten Adlerorden und wurde zum Konsistorialrat befördert.

Sein wichtigstes Feld nach der Luisenstadt wurde das Kirchengesangbuch. In einer Neuausgabe des Standardwerks für Berlin hatte er 60 zeitgemäße Titel entfernt und 210 historische hinzugefügt. Die »Gartenlaube« warf ihm vor, in seinem Gesangbuch Jahrhunderte alte Kirchenliedermumien zu verbreiten.

Wie nebenbei floss durch sein bienenfließiges Studium aller Gesangbücher ein weiteres akkurates wissenschaftliches Werk aus seiner Feder, das ihn zum wichtigsten Hymnologen der preußischen Hauptstadt machte: »Zur Geschichte der Berliner Kirchengesangbücher.« Bei der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 erinnerte er sich an seine Jugend: »Nun ist ja doch erreicht, wofür wir gemaßregelt worden sind.«

1876 starb er in Kassel und hinterließ drei Söhne und eine Tochter. Sein Grab befindet sich auf dem Friedhof der St.-Jakobi-Gemeinde, Karl-Marx-Straße 2-6.

Falko Hennig



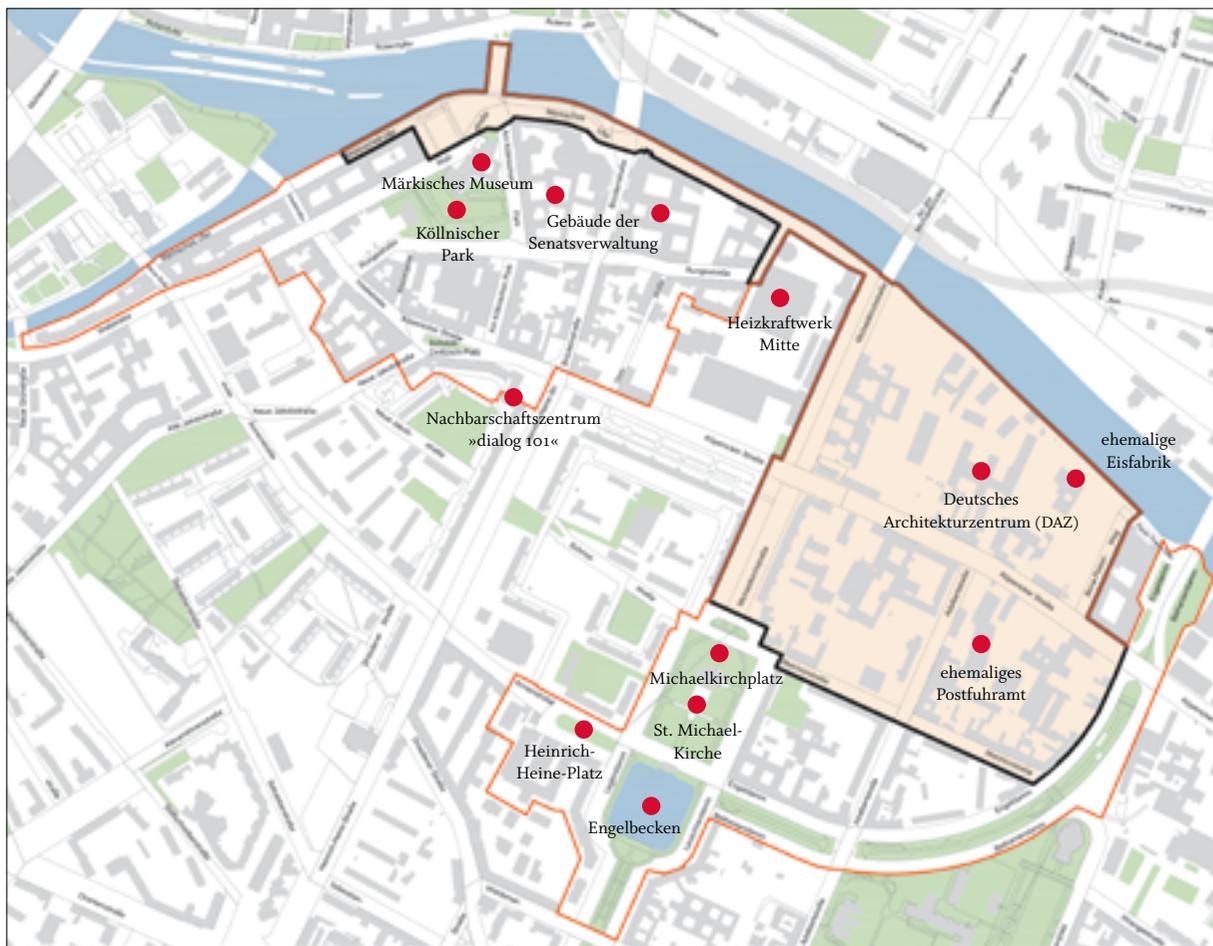
Ch. Eckelt

Ein Denkmal für Lilienthal!

Der bekannteste Luisenstädter ist der Flugpionier Otto Lilienthal, dessen Fabrik sich in der Köpenicker Straße nahe der Michaelkirchstraße befand. Eine zu bescheidene Stele erinnert an den Standort des ersten Flugzeugbaus in Serie. Der Stadthistoriker Falko Hennig tritt mit Gleichgesinnten für ein angemessenes Denkmal ein. Unterstützung erwünscht: radiohochsee@gmail.com

Wie ein gelungenes Lilienthal-Monument aussehen kann, zeigen Bilder aus Stölln, wo Lilienthal seine ersten bahnbrechenden Flugversuche durchführte: www.otto-lilienthal.de

Unser Autor Falko Hennig lädt täglich zum Stadtpaziergang »Lilienthal & Co.« ein (Start 15 Uhr, U-Bahnhof Heinrich-Heine-Straße Ecke Köpenicker), 2h, € 10,-, Anmeldung erforderlich, Telefon 0176-20 21 53 39. http://falko-hennig.blogspot.de



 Sanierungsgebiet
 Nördliche
 Luisenstadt

 Erhaltungsgebiete

Ansprechpartner und Adressen für das Gebiet Nördliche Luisenstadt

[Bezirksamt Mitte von Berlin,](#)
[Stadtentwicklungsamt,](#)
[Fachbereich Stadtplanung](#)
 Müllerstraße 146, 13353 Berlin
 Amtsleitung: Kristina Laduch,
 Tel 901 84 58 45
kristina.laduch@ba-mitte.berlin.de

[Sanierungsverwaltungsstelle](#)
 Reinhard Hinz (Gruppenleitung)
 Tel 901 84 58 53
reinhard.hinz@ba-mitte.berlin.de
 Anke Ackermann, Tel 901 84 57 57
anke.ackermann@ba-mitte.berlin.de
 Wolf-Dieter Blankenburg, Tel 901 84 57 21
wolf-dieter.blankenburg@ba-mitte.berlin.de

[Betreuung Programm Städtebaulicher Denkmalschutz beim Bezirksamt](#)
 Birgit Nikoleit, Tel 901 84 57 79
birgit.nikoleit@ba-mitte.berlin.de

[Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Umwelt](#)
 Referat IV C – Stadterneuerung
 Württembergische Straße 6, 10707 Berlin
 Joachim Hafen (Gebietsbetreuung Luisenstadt), Tel 901 39 49 19
joachim.hafen@senstadtum.berlin.de

[Gebietsbetreuung Luisenstadt \(Mitte\)](#)
 Koordinationsbüro für Stadtentwicklung und Projektmanagement – KoSP GmbH
 Schwedter Straße 34 A, 10435 Berlin
www.kosp-berlin.de
 Andreas Bachmann, Tel 33 00 28 39,
bachmann@kosp-berlin.de
 René Uckert, Tel 33002833,
uckert@kosp-berlin.de

[Betroffenenvertretung Nördliche Luisenstadt](#)
 Treffen jeden dritten Dienstag im Monat um 18.30 Uhr, Stadteilladen Dialog 101, Köpenicker Straße 101,
 Ansprechpartner: Volker Hobrack,
 Tel 275 47 69, mail: vhobrack@gmx.de
 bzw: bv.luisenord@gmail.com
www.luise-nord.de

[Bürgerverein Luisenstadt](#)
 Michaelkirchstraße 2, 9. Etage,
 10179 Berlin, Tel/AB 279 54 08
buero@buergerverein-luisenstadt.de
www.buergerverein-luisenstadt.de
 Bürozeiten: mittwochs 14–16 Uhr